

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Landesaufnahmeregelungen verlängern – sichere Fluchtwege ermöglichen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Landesaufnahmeregelungen für syrische, irakische und afghanische Geflüchtete mit Verwandten in Berlin, die zum 31. Dezember 2024 abgelaufen sind, umgehend zu verlängern.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2025 zu berichten.

Begründung

Über die Landesaufnahmeregelungen konnten zwischen 2014 und 2024 insgesamt 3.157 Menschen auf sicheren und legalen Fluchtwegen nach Berlin gelangen. Dennoch blockiert der Senat seit Oktober 2024 ohne nachvollziehbare Begründung die dringend notwendige Verlängerung dieser Regelungen.

Die Fortführung der Landesaufnahmeregelungen für syrische, irakische und afghanische Geflüchtete mit Verwandten in Berlin ist nicht nur eine humanitäre Verpflichtung, sondern auch ein zentraler Beitrag zur Schaffung sicherer und geordneter Fluchtwege. Die Verfahren sind streng geregelt: Berliner Behörden prüfen die Anträge, und die Einreise erfolgt ausschließlich über deutsche Auslandsvertretungen. Die in Berlin lebenden Verwandten übernehmen durch eine Verpflichtungserklärung die vollständige finanzielle Verantwortung für Unterhalt und Kosten, während das Land lediglich die Gesundheitsversorgung trägt. Dieses Verfahren ist transparent, verantwortungsvoll und trägt gleichzeitig zur Entlastung der öffentlichen Haushalte bei. Eine Nichtverlängerung der Programme wäre daher nicht nur aus humanitärer Sicht unverantwortlich, sondern auch migrationspolitisch kontraproduktiv.

Die Kriege in Syrien, Irak und Afghanistan haben Millionen Menschen vertrieben und Familien auseinandergerissen. Zudem ist die Sicherheitslage in diesen Ländern weiterhin sehr kritisch und für viele Bevölkerungsgruppen mit konkreter Bedrohung verbunden. Viele Geflüchtete haben in den letzten Jahren Schutz in Berlin gefunden, während ihre Angehörigen in den Herkunftsländern unter lebensbedrohlichen Bedingungen ausharren. Die Landesaufnahmeregelungen ermöglichen es Berliner*innen, ihre Familienangehörige ersten und zweiten Grades auf eigene Kosten nachzuholen. Hier geht es sowohl um Geflüchtete in Beschäftigung als auch um Arbeitskräfte, die über Arbeitsmigration nach Berlin gekommen sind und hier ein neues Zuhause gefunden haben.

Die Landesaufnahmeregelungen lindern nicht nur die Not der Betroffenen, sondern geben auch den hier lebenden Berliner*innen Sicherheit und Perspektive. Sichere Fluchtwege sind überlebenswichtig. Ohne sichere und legale Fluchtwege sind Schutzsuchende gezwungen, lebensgefährliche Routen zu wählen. Sei es über das Mittelmeer oder gefährliche Landpassagen. Jedes Jahr sterben dabei Tausende. Die Landesaufnahmeregelungen sind eine humane Alternative.

Die Lage in den Herkunftsländern bleibt kritisch:

Trotz des Sturzes des Assad-Regimes bleibt die Lage in Syrien hochgradig instabil. Nach 14 Jahren Krieg steht das Land nun unter der Kontrolle einer islamistisch geprägten Herrschaft, die weder Stabilität noch Sicherheit für die Bevölkerung gewährleistet. Ethnische und religiöse Minderheiten wie Kurdinnen, Alawitinnen, Drusinnen und Christinnen sind weiterhin massiver Repression und Gewalt ausgesetzt. Am 6. März 2025 eskalierte die Gewalt erneut, als ehemalige Assad-Generäle Checkpoints des neuen Regimes angriffen.

Die Reaktion war brutal: Mehr als tausend alawitische Zivilist*innen wurden in den Regionen Latakia und Tartus von islamistischen Kämpfern des neuen Regimes massakriert oder hingerichtet, Tausende weitere verschleppt. Gleichzeitig setzt die Türkei ihre Angriffe auf kurdische Gebiete im Norden Syriens unvermindert fort. Das neue Regime in Damaskus hat eigenmächtig eine Verfassung verabschiedet und seine Herrschaft für die kommenden fünf Jahre zementiert. Angesichts dieser Entwicklungen bleibt Syrien ein hochgefährliches und instabiles Land, in dem Schutz für viele Bevölkerungsgruppen nicht gewährleistet ist.

Auch die Lage im Irak ist weiterhin angespannt und instabil. Iran-nahe schiitische Milizen kontrollieren Teile des Landes und verüben Angriffe auf im Irak stationierten US-Truppen. Der iranische Einfluss auf die irakische Politik ist nach wie vor erheblich und trägt zur Destabilisierung bei, was wiederum die verbliebenen Zellen des sogenannten Islamischen Staates (IS) stärkt. Besonders die Ezid*innen leiden weiterhin unter den Folgen des Völkermords durch den IS. Viele von ihnen leben nach wie vor in überfüllten Camps unter prekären Bedingungen und sind fortgesetzt Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Eine sichere und dauerhafte Perspektive für sie ist nicht in Sicht.

Seit der Machtübernahme durch die Taliban haben sich die Lebensbedingungen in Afghanistan dramatisch verschlechtert. Insbesondere Frauen und religiöse und ethnische Minderheiten sind systematischer Unterdrückung, Entrechtung und Gewalt ausgesetzt. Grundlegende Frauenrechte wurden von der Talibanregierung offiziell abgeschafft. Frauen dürfen weder studieren noch arbeiten. Auch in der Öffentlichkeit dürfen Frauen keine Rolle mehr spielen.

Die Verlängerung der Landesaufnahmeregelungen ist damit nicht nur humanitär dringend geboten, sondern auch integrationspolitisch notwendig, damit die Menschen, die hier leben

und arbeiten, sich hier um ihre Angehörigen ersten und zweiten Grades kümmern können. Die Landesaufnahmeregelungen stehen im Einklang mit Deutschlands und Berlins humanitärem Anspruch und dem selbst im Koalitionsvertrag von CDU und SPD verankerten Versprechen. Eine Beendigung dieser Aufnahmeregelungen wäre angesichts der anhaltenden Krisen in Syrien, Irak und Afghanistan unverantwortlich und würde das Leid tausender unschuldiger Menschen, die zudem Angehörige in Berlin haben, verlängern. Berlin darf die Fortsetzung des Landesaufnahmeprogramms nicht weiter politisch blockieren und muss handeln – jetzt.

Berlin, den 5. Mai 2025

Jarasch Graf Omar
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen